

# Pro und Contra

„Pro und Contra“ nennt sie sich, die „Streitschrift für Studenten der Karl-Marx-Universität“, deren Erstausgabe seit Ende Oktober durch den unigenen Flugblätterwald rauscht. In ihr kritische Fragen und Gedanken gegen das bisherige Demokratieverständnis des Studentrates: „Quo vadis Demokratieverständnis oder die KLATTE Verfestigung“.

**Pro:** Eine Streitschrift für Studenten ist notwendig. Weithin in Vergessenheit geratene Stilmittel wie Ironie, Satire, Wortwitz und die Zuspitzung sind es auch. Unsere politische Publizistik hätte da ihren selbstauferlegten Entzug außer wenn es gegen den bösen Kapitalismus geht leider erfolgreich bewältigt. Rückfälle übertrifft selten. Die im Kopf des Blattes verkündete Absicht, den Umgestaltungsprozess an dieser Universität kritisch beobachten zu wollen, ist ehrenwert.

**Contra:** Als Kinder haben wir uns gut versteckt und dann aus der sicheren Deckung heraus durch Bläserohre Erbesen auf jene geschossen, die wir nicht leiden konnten. Eine nicht ganz ungeschickliche, kindliche Streitkultur eben.

Einige Jahre später dann fanden wir nach der FDJ-Versammlung (zum Beispiel) beim Eherechtliche Worte für unser Nichtverständnis damit, was sich die Großköpfe mal wieder über unsere eigenen hinweg ausgeguckt hatten. Als es ausgehandelt wurde, haben viele höchstens frech unterm Tisch hergegrinst. Auch dadurch ging schließlich die FDJ den Bach runter, wurden notwendige strukturelle Reformen verschluckt wie eine Lungenentzündung. Hoffentlich stirbt uns der Patient jetzt nicht unter der Hand weg.

Sekundäre Exoten waren bislang die, die sich weit aus dem Fenster beugten hatten und riefen: Der Organismus ist krank! Zuerst begleitete sie nur unsere mühselige Hoffnung, sie mögen nicht hinausfallen und sich das Genick brechen.

Dann aber brach urplötzlich das Zeitalter der gründlichen Diagnose und des Dialogs über uns herein. Und Anonymität mußte als schädlich und geradezu ehrenrührig gelten. Sie ist nur dann gerechtfertigt, wenn der Autor auf Grund seiner Meinung Repräsentation zu führen hätte. Diese Zeit ist glücklicherweise wohl generell vorbei. Im speziellen Falle hätten der Autor „FLOBIAN“ und „Die Herausgeber“ wohl nicht einmal taule Eier oder matschige Tomaten zu führen gehabt, weil viele der aufgeworfenen Fragen und anknirschenden Probleme in „Pro und Contra“ Nr. 1 tatsächlich schon diskutiert und beantwortet bzw. gelöst werden müssen auf dem Wege zu einer funktionierenden studentischen Interessenvertretung. Bleibt die Frage, was also Autor und Herausgeber fürchten – die Öffentlichkeit etwa?

Mit wem soll sich denn Torsen-Klart zusammensetzen, um sich auseinanderzusetzen? Und mit wem alle die, die mit „FLOBIAN“ und T. Klart zu Lösungen gelangen wollen?

Also FLOBIAN, steck das Blasen weg und komm hinter den Deckung deines Vervielfältigungsapparates hervor!! Deine Streitschrift zeigt doch, daß deine Bedenken und Gedanken wichtig und nützlich sind.

THOMAS BEER

## Freiwilligkeit nun Gesetz

„Freiwillige“ Plangröße vom Ministerium und Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und damit Gesetz waren die Aufgaben für den Studentensommer. Nun hat der Ministerrat den Beschluss den Status aus dem Vorwärtswirtschaftsplan herausgenommen. Als notwendige Voraussetzung dafür, daß das Prinzip der echten Freiwilligkeit erhalten werden kann.

Für die, die trotzdem arbeiten wollen, bietet die FDJ-Kreisleitung der KUMU nun verstärkte Möglichkeiten in und um Leipziger Bereich, Uni. Weiterhin sind die Schwerpunkte: Ökologie, medienpädagogisch werden müßte allerdings das Interlager in Leipzig überleben erhalten bleiben. Im aber auch das attraktive wenn Auftrat an, die Studenten und, wie bisher nur in Berlin, für alle eine Auslöse von 9 Mark zu zahlen.

Am Abend des 3. 11. 1989 traten die Mitglieder und Kandidaten der Kreisleitung sowie die GO-Sekretäre (leider nur 9) der Kreisorganisation KUMU der FDJ zu ihrer zweiten außerordentlichen erweiterten Sitzung zusammen.

Zu Beginn wurde den Anwesenden der Wunsch des 2. Sekretärs, Konrad Weiske, ihn von seiner Funktion zu entbinden, zur Kenntnis gegeben. Eine entsprechende Entscheidung wurde auf der nächsten KL-Sitzung getroffen. Einstimmig betrauten die Mitglieder der KL den langjährigen Leiter der Kommission Wissenschaft, Peter Wald, mit der Funktion des Sekretärs Wissenschaft, dessen Stuhl seit der Wahl von Dieter Mülisch zum neuen Ersten am 24. 10. 1989 unbesetzt geblieben war. Zum weiteren Verlauf der Sitzung wurde den GO-Sekretären das Stimmrecht erteilt.

Hauptpunkt der Tagesordnung war die Vorstellung, Diskussion und Verabschiedung des Diskussionspapiers „Programmatische Überlegungen zur Umgestaltung der FDJ-Arbeit an unserer Universität (KUMU Leipzig)“. Nach mehrstündiger, oft kontroverser und emotional geführter Debatte fand die Abstimmung statt. Mit Billigung einer deutlichen Zweidrittelmehrheit liegt es nunmehr den Mitgliedern unserer KO zur Diskussion vor. Weiterhin wurden die Berichte der Leiter der einzelnen Arbeitsgruppen der Grundwertekommission (blaues, rotes, pink und grünes Programm) entgegengenommen. Anschließend verlas der 1. Sekretär nachfolgenden Brief an den Jugendfreund Aurich, dessen Inhalt von den Teilnehmern der Sitzung uneingeschränkt gebilligt wurde.

Leipzig, den 31. 10. 1989

## Sehr geehrter Genosse Aurich!

Mit einiger Befriedigung haben wir die Ergebnisse der ZR-Tagung der FDJ zur Kenntnis genommen und versichern Dir, alle Bestrebungen energisch zu unterstützen, die die Kraft und das Vertrauen der FDJ bei der Gestaltung eines modernen Sozialismus betreffen. Zugleich haben wir mit großer Besorgnis erfahren, daß der Zentralrat vorschlägt, dem Parlament zu empfehlen, einen Studentenbund innerhalb der FDJ zu schaffen. Nicht die Tatsache, daß wir um eine reformierte neue FDJ mit einer studentischen Interessenvertretung ringen, ruft unsere Besorgnis hervor, sondern das nach wie vor alte Denken, daß und wie dieser Vorschlag im ZR zum Beschluß erhoben wurde.

An unserer FDJ-Kreisorganisation betrachtet die FDJ-KL den sich gegenwärtig konstituierenden Studenterrat als gewaltige Herausforderung an die FDJ an unserer akademischen Einrichtung. Insofern ist es darum, daß die FDJ ihre politische Führungskraft und inhaltliche Kompetenz zur gezielten Durchsetzung studentischer Interessen wiedergewinnt und ihre Reformfähigkeit praktisch beweist. Während Ihr davon ausgeht, daß dies der Fall ist, denn sonst wäre die Forderung nach einem Studentenbund innerhalb der FDJ nicht sinnföhl, meinen wir, daß diese Strategie erst noch zu belegen ist. Der FDJ kommt eben nicht mehr diese Kompetenz an gegeben zu, sie muß sie sich erst wieder errieten. Euer Vorschlag muß bei den Mitgliedern des Studenterrates den Eindruck erwecken, als verneinend Ihr von vornherein dessen Existenz. Dies halten wir für politisch schädlich und der Kompetenz der FDJ abträglich. Erst aus der inhaltlichen Arbeit und der Rückgewinnung der Autorität der

FDJ kann sich bei energischem Engagement aller FDJ-Mitglieder diese mögliche Alternative, die Ihr schon setzt, ergeben.

Schließlich entspricht auch der Weg der Beschlussfassung nicht unseren Vorstellungen von demokratischer Willensäußerung. Anstatt die Initiative von unten nach oben zu entwickeln und zu einem Vorschlag an den Zentralrat zu führen, d. h. die Situation an den Universitäten und Hoch- und Fachschulen zu analysieren und die Empfehlungen der zuständigen FDJ-Organisationen zu koordinieren und zu bedenken (z. B. aus der Wahlbewegung), wird nun von oben nach unten diese Gründung vollzogen. Dies beeinträchtigt die Glaubwürdigkeit der FDJ zusätzlich.

Wir Unterschreiber dieses Schreibens tragen die Position des ZR nicht mit, weil wir die Interessen der Studenten vertreten und eine neue FDJ-Studentenvertretung wollen, die das Ziel der studentischen Bewegung und das Ergebnis ihrer Willensbildung darstellt. Der Zentralrat der FDJ gerät bei Beibehaltung dieses Beschlusses in die Situation, die schon fortgeschritten sinkende Bedeutung der FDJ an den akademischen Einrichtungen zuzunehmen zu verspüren. Diesem Vorgang werden wir konsequent entgegenwirken.

Wir bitten Euch, umgehend zu handeln!

- DIETMAR MÜLSCH, 1. Sekretär der FDJ-KL der KUMU
- Dr. DIETMAR MIELKE, Sekretär im Philosophiebereich
- Dr. DIETER PERTERMANN, Sekretion Physik
- Dr. HANS-GEORG GIERING, Sekretion Physik
- ANDREAS AHLFRS, Sekretion Kultur- und Kunstwiss.
- RENE WALSCHE, Sekretion TV

## Richter, Henker und Knüppel auf den Sack

Gespannt waren sie alle, die da in der Veranstaltungstonne des Dresdner „Bärenzwingers“ saßen am vorletzten Donnerstag. 300 Gäste des Parteiklubs unserer „Moritzbastei“ warteten auf die Diskussion, die ähnlich den Veranstaltungen in Leipzig mit „Die DDR im 5. Jahrzehnt“ überschrieben war. Und die eine Besonderheit zu bieten hatte, waren doch Vertreter der „mb“ gekommen und hatten noch vier „liser“ Wissenschaftler mitgebracht. In der von TU und Verkehrshochschule geprägten Elbmetropole sind Gesellschaftswissenschaftler „rar“, so daß die Erwartung natürlich doppelt hoch war.

Der Journalismus, arg gebeutelt von öffentlicher Kritik in den letzten Wochen, stand zunächst zur Verhandlung. Nach anfänglichen Sachfragen an die Vertreter der Sektion Journalismus der KUMU, Prof. Hans Poeschke und Dr. Wolfgang Tiedke, (wer schreibt bzw. wer streicht was?), ging es dann doch ziemlich dettig zur Sache, standen Worte wie Falschmeldung und Schönfärberei im Raum. Wo war die Verantwortung des einzelnen Journalisten, wo der Einfluß derer, die glauben, alles besser zu wissen, die Ursache für diese in ihrer Wirkung fatale, weil durch Unehrllichkeit geprägte Medienlandschaft? Zwar stieß die These, unser Journalismus sei besser als sein Ruf nicht nur auf taube Ohren, dennoch wurde deutlich, daß sich hier eine Klüft geöffnet hat, die im Moment auch eine sachliche Diskussion fast unmöglich macht.

Ein Bild möchte an diesem Abend nicht nur beim Problem Journalismus die Runde: Das Bild vom Sack, auf den man schlägt, obwohl man den Esel meint. So ging dann auch abwärts die Hauptaufmerksamkeit auf den Vertreter der SED-Bezirksleitung über. Er sah sich geharnischter Kritik gegenüber, die neben lokalpolitischen Fragen auch grundsätzliche Positionen zum Ziel hatte. Skepsis ist wohl noch sehr wohl gesprochen angesichts der Reaktion des Publikums auf die Versicherung

von Dr. Eberhard König, daß die SED mit jedem in Dialog treten will.

Gleichwohl für den mittlerweile foren- und diskussionsgewohnten Leipziger Beobachter das Dresdner Publikum sich von dem der Messestadt doch unterschied. Obwohl auch hier Emotionen hochkamen, war die Atmosphäre doch immer von dem Suchen nach einer Antwort geprägt, wenn dies auch zweifellos nicht in jedem Fall gelang. Mit besonderem Interesse verfolgten die Anwesenden im Saal und Podium gleichermaßen die Ausführungen der beiden Leipziger Wirtschaftswissenschaftler Prof. Jürgen Becher vom Franz-Mehring-Institut und Dr. Jürgen Jünger, Sektion Wirtschaftswissenschaften der KUMU. Während ersterer sich äußerst kompetent zu derzeitigen Problemen unserer Ökonomie setzte, konnte der andere über Ergebnisse einer Forschungsgruppe unter der Leitung der Berliner Gesellschaftswissenschaftler Brie und Segert berichten, die sich mit Sozialismuskonzeptionen der Zukunft befaßt.

Nicht nur dem Namen nach, wie der katholische Pfarrer Henker mit Blick auf seinen evangelischen „Kollegen“ Richter am Anfang unter dem Schmutzeln der Anwesenden bemerkte, ergänzten sich die beiden Kirchenvertreter sehr produktiv. Sie setzten sich für die Neugestaltung der Gesellschaft ein, ohne die Vergangenheit und das heißt in Dresden die Aufarbeitung der Geschehnisse am Hauptbahnhof, zu vergessen, wemgleich der Nachdruck, mit dem speziell Jugendpfarrer Martin Henker seine Forderungen formulierte, mir fast ein wenig Angst einflößte.

Was bleibt festzuhalten nach den drei Stunden Dialog made in Dresden unter Leipziger Beteiligung: Die Probleme sind fast identisch, die Lösungsvorschläge ebenso verschieden. Gleich scheint eins: Die Heftung auf den Neubeginn.

HOLGER HERZBERG

## Ein Vorschlag zur Diskussion

1. Auf Verlangen der FDJ-Mitglieder unserer Universität kann vermittels der Wahlbestimmung aller interessierten FDJ-Mitglieder die FDJ-Tätigkeit grundlegend so umgestaltet werden, daß ein FDJ-Studentenbund der KUMU Leipzig und eine Interessenvertretung der FDJ der Universität für Arbeiter und Angestellte geschaffen werden.

2. Eine studentische Interessenvertretung innerhalb der FDJ als Studentenbund der Universität verfolgt folgende grundlegende Ziele:

- a) die Wahrnehmung der Verantwortung für die Entwicklung der Wissenschaft in Lehre und Forschung bezüglich des zu profilierenden Absolventenbildes
- b) die Wahrnehmung der Verantwortung für die Profilierung der weltanschaulichen Ausbildung und Erziehung der Studenten
- c) die Wahrnehmung der Verantwortung für die Sicherung bestmöglicher Arbeits- und Lebensbedingungen der Studenten.

Dadurch wird sowohl die grundlegend politische Zielstellung der FDJ spezifisch verwirklicht und vervollkommen als auch ständig den neuen aktuelen Bedingungen angepaßt und geprägt.

3. Dem Inhalt der studentischen Interessenvertretung müssen solche Strukturen entsprechen, die den demokratischen Willensbildungsprozess der Jugendlichen in solchen Bewegungsformen lenken, daß sowohl die studentischen Interessen durch ein politisches und organisatorisches Zentrum koordiniert, konstruktiv berücksichtigt und umgesetzt, als auch stets kritisiert und befördert werden können, indem das kollektive Leitungsprinzip verwirklicht und innerverbandliche Demokratie konsequent realisiert wird. Das Prinzip der Kritik und Selbstkritik ist das Grundprinzip der Tätigkeit in allen Organisationseinheiten der FDJ.

- Generell soll gelten: a) Die leitenden Organe des Studentenbundes werden von unten nach oben demokratisch gewählt und abberufen.
- b) Die leitenden Organe legen jährlich Rechenschaft über ihre Tätigkeit vor den Organisationen, durch die sie gewählt wurden, und vor übergeordneten Organen ab.
- c) Die Beschlüsse der höheren Organe des Studentenbundes sind verbindlich. Sie sind die Grundlage für selbständige Entscheidungen der leitenden Organe in ihrem Verantwortungsbereich.
- d) Die Minderheit ordnet sich diszipliniert der Mehrheit unter.
- e) Alle Beschlüsse sind nur durch 2/3 Mehrheit möglich.

4. Auf Antrag eines Drittels der Studentenschaft einer Organisationsstruktur kann die ernste Beratung und Prüfung eines Beschlusses gefordert werden. Ein Lösungsvorschlag und eine Beschlußvorlage ist durch eine Arbeitsgruppe in Abstimmung mit dem fordernden Drittel der Studentenschaft vorzubereiten. Die dann folgende Entscheidung der entsprechenden Leitung der Organisationsstruktur ist rechtskräftig.

5. Alle Mitglieder der Leitungen werden für maximal zwei Jahre gewählt.

- a) Der Landesrat der Studenten der DDR gibt eine eigene Zeitschrift als regelmäßiges Periodikum heraus.

In letzter Instanz kann eine Entscheidung bzw. ein Beschluß durch die Urabstimmung der Studenten der jeweiligen Organisationsform endgültig außer Kraft gesetzt oder positiv formuliert werden.

- 4. In den studentischen Arbeitskollektiven bzw. in den Gruppen der Forschungsstudenten wird ein Studentensprecher gewählt. Er vertritt die Interessen des studentischen Kollektivs im Sektions-/Bereichsrat der Studenten. Dieser konstituiert sich aus den Studentensprechern der jeweiligen Kollektive. In großen Sektionen und Bereichen ist

eine Unterteilung in Abteilungsorganisationen möglich. Der Sektions-/Bereichsrat der Studenten wählt aus seiner Mitte sowohl den Sekretär, der die Interessen der Studenten einer Sektion in der Sektions-/Bereichsleitung und im Rat der Sektion als vollwertiges Mitglied vertritt, als auch aus seiner Mitte oder aus der Mitgliedschaft der Sektion/des Bereichs einen Ver-

tralarates wahr und koordiniert die Tätigkeit zwischen dem Verband des FDJ-Studentenbundes und dem internationalen Studentenbund (siehe Abbildung b)).

7. Mitglieder des FDJ-Studentenbundes können alle Studenten und Forschungsstudenten, unabhängig vom Alter, der sozialen Herkunft und der weltanschaulichen Überzeugung sein, sofern sie das neue Statut der FDJ anerkennen, in einer Organisation des Studentenbundes organisiert sind, an der Verwirklichung der Beschlüsse der FDJ aktiv mitwirken und die festgelegten Beiträge monatlich einrichten.

1. Die FDJ betrachtet sich als eine einheitliche politische Massenorganisation der Jugendlichen der DDR. Sie ist eine politische Organisation, da sie auf freiwilliger Grundlage in ihren Reihen junge Menschen verschiedener Weltanschauung vereint, die die sich entwickelnde sozialistische Gesellschaft aktiv und bewußt mitgestalten, die für die Grundwerte Frieden, Freiheit, Demokratie, humanistische und vernünftige Gesellschafts- und Lebensgestaltung ringen und die für eine Assoziation eintreten, „wobei die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Dieses gemeinsame Ziel bildet die Plattform für eine einheitliche Massenorganisation, die im neuen Jugendgesetz der DDR zum Ausdruck kommt.

2. Die FDJ betrachtet sich als eine Abteilung der fortschrittlichen Jugendorganisation und leistet ihren unverzichtbaren Beitrag zur auf Frieden, Völkerverständigung, nationale Unabhängigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt sowie Freundschaft unter allen Jugendlichen der Welt gerichteten Tätigkeit des WBDJ.

3. Die FDJ, die die fortschrittlichsten Traditionen der deutschen Jugendbewegung bewußt fortsetzt, unterstützt alle gesellschaftlichen Kräfte, die zur weiteren Stärkung

